

Prof. Dr. Silvia Kontos (FH Wiesbaden)

Beitrag zum 16. Green Ladies' Lunch am 30.4.2004

## **„Grüne Frauen- und Geschlechterpolitik in Regierung und Partei“ – Stand und Perspektiven -**

---

### **Vorbemerkung:**

Ich gehöre nicht zu den grünen Frauen. Ich habe mich in den achtziger Jahren, als für viele Frauenbewegungsfrauen in Frankfurt die Entscheidung anstand, mit der 'autonomen' Frauenpolitik in die Grüne Partei einzuwandern, dagegen entschieden. Ich habe aber das grüne Projekt unter der Perspektive einer produktiven Arbeitsteilung in der Frauenpolitik lange Zeit mit viel Sympathie verfolgt. In den letzten Jahren ergreift mich angesichts des Erscheinungsbildes grüner Frauenpolitik allerdings eine mittlere Verzweiflung, für die ich im Folgenden 4 Gründe nennen möchte.

Allerdings weise ich noch einmal daraufhin, daß meine Kritik einem Blick 'von außen' entspringt. Die internen Debatten sind mir nicht zugänglich. Aber auch die Außenperspektive ist für eine Partei, die gewählt werden will, wohl kaum zu vernachlässigen.

### **4 Thesen über die gegenwärtige Schwäche grüner Frauenpolitik**

#### **1.**

**Es gibt keine erkennbare 'grüne' Frauenpolitik. Was als solche betrieben wird, geht über eine gute sozialdemokratische Frauenpolitik mit keinem Schritt hinaus.**

(Ich beziehe mich mit dieser These in erster Linie auf den Abschnitt 'Gleichstellung' im Koalitionsvertrag.)

Dort heißt es: "... den Anteil von Frauen in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen steigern.....bessere Chancen für Frauen in Lehre und Forschung.....familienfreundliche Gestaltung der Hochschulen...." Eine Reihe solcher und ähnlicher Aussagen lassen sich auf den Nenner bringen: verbesserte Chancen von Frauen im Beruf, alles Weitere ergibt sich daraus. Aber es kann doch nicht nur darum gehen, die Frauen in die technischen Berufe und in die Spitzenpositionen zu bringen, sondern es muß doch wohl auch darum gehen, was sie dort tun.

Diese Art von Gleichstellungspolitik reduziert sich auf die Zielsetzung einer paritätischen Besetzung von Positionen, die bislang Männer eingenommen haben. Das ist nicht schlecht, aber zu wenig!

Weiterreichende Vorstellungen wie etwa die Absicht, im Hochschulbereich Frauen- und Genderstudien zu fördern oder im Gesundheitswesen 'Fragen der Frauengesundheit ein besonderes Gewicht beizumessen', bleiben in Absichtserklärungen stecken. Von dem entschlossenen Satz "Die gesundheitliche Versorgung muß die gesamte Lebenssituation von Frauen berücksichtigen" bleibt letztlich die Forderung nach interdisziplinären Brustkrebszentren und Mammographiescreening übrig.

Dafür gähnen andernorts auffällige Lücken. Im Hinblick auf die dramatische Reorganisation des deutschen Sozialstaats z.B. steht nur der schlappe Satz: "Wir wollen die Weiterentwicklung der Sozialversicherungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung, einer sinkenden Lohnquote und der zunehmenden Diskontinuität von Erwerbs- und Berufsbiographien bei Männern und Frauen **prüfen.!!!**" als gäbe es nicht inzwischen

genügend Untersuchungen, die sehr genau aufzeigen was fehlt, nämlich eine Grundsicherung, ein existenzsicherndes Kindergeld und existenzsichernde Löhne.

Ansonsten ist da nur von der Generationengerechtigkeit die Rede, und davon 'Kinder und Jugendliche zu stärken und zu schützen' als hätte das mit dem GV nichts zu tun. Schließlich ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen immer noch überwiegend Frauensache.

Statt einer konsequenten Analyse der sozialpolitischen Umbauvorhaben unter der Geschlechterperspektive geht es unter dem Titel 'Gleichstellung' ausschließlich und ganz sozialdemokratisch um Gleichstellung in der Arbeitswelt. Und das heißt vor allem: Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf 60 %, aber auch 40% Frauen in technische und v.a. IT-Berufe, Förderung von Existenzgründungen im DL-Bereich und Hochschulkarrieren, als ob es wirklich nur an der mangelnden Förderung läge, wenn die Frauen nicht in die technischen Berufe strömen und schnurstracks die Karriereleitern hinaufsteigen. Für mich steckt aber in den gebrochenen weiblichen Berufskarrieren nach wie vor auch ein Stück Widerstand gegen eine unmenschliche Arbeitsorganisation und gegen die eigene Zurichtung als rundum verfügbare Arbeitskraft. Und dieser Widerstand umfaßt auch mehr als die Klage über die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht eben nicht nur darum, irgendetwas bereits Vorhandenes zu vereinbaren, sondern beide Bereiche zu verändern.

Und dafür müssen Zielvorstellungen entwickelt werden, etwa:

- nicht rund um die Uhr arbeiten zu müssen, sondern eine Begrenzung der Erwerbsarbeit zugunsten von Erziehungs- und Versorgungstätigkeiten, von gemeinwesenorientierter Arbeit und politischer Beteiligung. Die 'Zivilgesellschaft', von der alle politischen Fraktionen so einheitlich schwärmen braucht vor allem eines: Zeit!
- die Umverteilung der nicht bezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Die ist aber nicht zu erreichen, wenn beiden Geschlechtern das Modell der jederzeit und allseits flexiblen Erwerbsarbeitskraft vorgelegt wird.

## 2.

**Weil es keine über die Aufhebung von Benachteiligungen hinausgehenden Vorstellungen zur Frauenpolitik gibt, strahlt die 'grüne Geschlechterpolitik' eine graumäusige Langeweile aus. Sie konzentriert sich auf Verfahren und bürokratische Kontrollen und verliert die Veränderung der politischen Subjekte aus dem Auge. Letzten Endes gelingt es ihr mit dieser Selbstbeschränkung nicht, auch nur die Zielsetzungen der Gleichstellungspolitik durchzusetzen.**

- Selbst im Hinblick auf die berufliche Gleichstellung bleibt das Programm ohne Biß. Wie wir bereits aus der vorangegangenen Legislaturperiode wissen, ist die Privatwirtschaft nicht bereit, freiwillig auf die vielfältigen Mechanismen der Lohndiskriminierung zu verzichten. Im Koalitionsvertrag steht aber wiederum wachsweiß: "...die EU-Richtlinien ..mit flexiblen, unbürokratischen und effektiven gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft verbinden." Wobei das Wort 'unbürokratisch' doch nichts anderes ist als eine durchsichtige Umschreibung für freiwillige Vereinbarungen, auf deren Umsetzung wir, wie wir an dem zähen Gerangel um die Ausbildungsplatzabgabe sehen, lange warten können. Die Geschichte des 'Bündnisses für Arbeit', das dem Namen nach ein zentraler Ort für eine Revision des Verhältnisses von Männer- und Frauenarbeit hätte sein müssen, zeigt die völlige Irrelevanz der Geschlechterdimension auf diesem Feld. Worum es allenfalls geht, ist die Gleichverteilung 'nach unten'. Die unbezahlte Arbeit bleibt dann an den Frauen und den arbeitslosen Männern hängen.
- auch das Ehegattensplitting, ein skandalöser Verstoß gegen jede Gleichstellungspolitik, das mittlerweile bis in die CDU-Frauenvereinigung hinein umstritten ist, und ein erstklassiges

Thema für einen 'Frauenaufstand' quer durch die Parteien hergeben würde, ist für die grünen Frauen offensichtlich kein Anlaß, gegen die Beschwichtigungspolitik des Männerkartells auf die Barrikaden zu gehen. Natürlich gibt es die entsprechenden Beschlüsse gegen die steuerrechtliche Förderung der Hausfrauenehe, nur gibt es kaum Anstrengungen, eine Frauenkoalition dagegen zusammenzubringen, denn das würde eine offensive Auseinandersetzung um den Artikel 6 GG erfordern und das ist nicht 'opportun'.

- und wie lange sollen sich Frauen eigentlich noch dazu hergeben, auf aussichtslosen Posten für die Bundespräsidentenschaft zu kandidieren? Müssen wir wirklich immer noch beweisen, daß Frauen das können? Eine symbolische Bedeutung, die für die letzten fünf fruchtlosen Bewerbungen ins Feld geführt wurde, hätte es, wenn eine Frau die Wahl gewinnen würde. Aber wieder einmal ein aussichtsloses Rennen zu laufen, ist m.E. eher deprimierend als motivierend.

Aber es gibt noch eine andere Dimension der Gleichstellungspolitik, die deren Selbstbeschränkung geschlechterpolitisch problematisch macht:

- Was sich im Moment durchzusetzen beginnt, ist ein postfordistisches Geschlechterverhältnis, in dem Mann und Frau flexibilisiert im Prinzip rund um die Uhr erwerbstätig sind und nur in den Nischen ihres deregulierten Arbeitslebens Platz für die Regeneration und Reproduktion bleibt. Diese Egalisierung eröffnet in der Tat gewisse Chancen für eine Gleichstellung im Beruf, allerdings auf der Basis eines niedrigeren Lohnniveaus, so daß nunmehr beide zum Familieneinkommen beitragen müssen, um den Lebensstandard zu halten. Es findet also eine Gleichstellung in einer Bewegung zur Lohnsenkung statt. Das erinnert an den statistischen Effekt, daß gegenwärtig die Arbeitslosenquote von Frauen im Verhältnis zu der der Männer abnimmt, nicht etwa, weil es den Frauen auf dem Arbeitsmarkt besser ginge, sondern weil es den Männern schlechter geht; also ein Gleichstellungseffekt der Abwärtsspirale. Darum kann es doch wohl kaum gehen!

Was wir hier vor uns haben, ist eine Illustration der von der feministischen Theorie inzwischen allseits geforderten Verschränkung von Geschlechter- und Klassenverhältnissen. Es ist eben nicht genug, nur auf die Verbesserung der Chancengleichheit im Beruf zu schauen und deren politischen Kontext, hier die allgemeine Lohnsenkung, aus dem Blick zu verlieren.

### 3.

**Eine Geschlechterpolitik ohne eine Reflexion auf ihren politischen Kontext, ohne weiterreichende Ideen und ohne Biß ist aber nicht in der Lage, die unintendierten Folgen der neoliberalen 'Großwetterlage' zu thematisieren geschweige denn zu konterkarieren. Sie trägt deshalb ungewollt dazu bei, die Situation von Frauen unterm Strich zu verschlechtern, auch wenn durchaus einige Verbesserungen bzw. Verbesserungen für bestimmte Gruppen von Frauen dabei abfallen.**

Sie sollen keineswegs unter den Tisch fallen (Frauenrechte als Menschenrechte, gleiche Beiträge zur Riesterreute, Sozialversicherung für Prostituierte), ändern aber m.E. nichts an einer problematischen frauenpolitischen Gesamtbilanz des neoliberalen Mantras von der Senkung der Lohnkosten und der Staatsquote.

Dazu fünf Anmerkungen:

- In dem Maße wie die Löhne gesenkt und die Arbeitszeit verlängert wird, schränkt sich der individuelle Spielraum ein, innerhalb dessen Männer und Frauen über die Umverteilung unbezahlter Arbeit verhandeln können.

- In dem Maße wie Steuern und Abgaben gesenkt werden, verringern sich überdies die Spielräume, innerhalb derer geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Primärverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten von Frauen zu korrigiert werden können. Solange aber Frauen eher als Männer für die Versorgungsarbeit an Kindern, Kranken und Pflegebedürftigen zuständig sind, sind sie auf solche Umverteilungsmaßnahmen angewiesen. Und es geht dabei nicht nur um Transferzahlungen. Auch die Verarmung der Kommunen schwächt durch die Erosion der kommunalen Infrastruktur die Position der Versorgenden.
- Die Strategie der verstärkten Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit führt dazu, daß unterderhand wieder der Zwang zur Ehe verstärkt wird, zumindest dann, wenn Kinder da sind. Denn Kinder sind auch mit einer verbesserten Betreuungsinfrastruktur sinnvoll nur zu zweit zu bewältigen. Daß auch in der Regierungskoalition dieser normativen Vorgabe gefolgt wird, zeigt die völlig widersinnige Benachteiligung von Alleinerziehenden in der Steuerreform. Sie erfolgt gegen jede Einsicht, daß die Alleinerziehenden die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko sind. Die ungerührte Weiterführung des Ehegattensplittings muß auch in diesem Zusammenhang wieder genannt werden.
- Neoliberale Politik verschärft die Spaltung unter Frauen. Sie ermöglicht Gewinne für die „happy few“, die dem Marktmodell entsprechen können und wollen; sie bewirkt Verluste für die Frauen, die da nicht mithalten können. Schon jetzt sind eine anspruchsvolle Berufstätigkeit und Kinder nur mit Dienstpersonal vereinbar. Die Programme zur Frauenförderung richten sich unter der Maßgabe von „Karriereförderung“ implizit an die besser Qualifizierten und Verdienenden. Sie reißen eine Qualifizierungsmaßnahme an die andere und blenden die Umverteilungswirkungen von unten nach oben auch unter Frauen aus. Aber vielleicht liegen die Probleme von Frauen auf dem Arbeitsmarkt weniger in ihrer mangelnden Qualifikation als in dem Umsichgreifen nicht existenzsichernder Jobs?
- Der quer durch alle politischen Lager vorhandene neue emphatische Bezug auf Familie und Familienpolitik verschiebt unterderhand die gesellschaftlichen Konfliktlinien. Er delegitimiert den Geschlechterkonflikt und verschiebt ‚Ungerechtigkeit‘ vom Konflikt der Geschlechter auf den der Generationen. Schröder in seiner Regierungserklärung vom März d..J.: Kinder sind Zukunft und Bereicherung, „...damit wir nicht stehen bleiben und in Eigennutz verstocken.“. Nun läßt sich Gemeinsinn auch anders als durch Kinder in die Gesellschaft tragen. Vor allem aber übergeht Schröders flottes „wir“, daß der Geschlechterkonflikt mit dem zwischen den Generationen verschränkt ist. Beispiel Kinderarmut: die isolierte ‚Kinderarmut‘ ist ein statistisches Phänomen. Wer versorgt denn die armen Kinder und versucht unter Armutbedingungen noch das Beste aus der Misere zu machen? Beispiel „Umverteilung zwischen den Generationen“: Die Polemik gegen die Last der Alten übersieht großzügig, daß sie sich vor allem gegen alte Frauen richtet, und zwar gegen alte Frauen, die diese Generation, der sie jetzt eine Last sind, zunächst einmal aufgezogen und dabei auf 52% ihres möglichen Erwerbseinkommens verzichtet haben! (Laut WSI-Untersuchung von 2001 beläuft sich das kumulierte Lebenseinkommen von Frauen der Jahrgänge 1936-55 auf genau 48% der Einkommen vergleichbarer Männer!)

#### 4.

**Frauenpolitik ist nicht mehr und kann auch nicht mehr das sein, was sie in den 70er/80er Jahren war. Die sentimental Reminiszenzen an die ‚heroischen‘ Zeiten der Frauenbewegung (und auch der Grünen) sind politisch unergiebig. Aber die strategischen Antworten, die Bündnis 90/Die Grünen auf die Veränderungen der politischen Szenerie gegeben haben, sind es m.E. ebenfalls. Sie greifen zu kurz und**

**unterschätzen das ‘spezifische Gewicht’ des Geschlechterkonflikts, der sich nur in einem mühsamen Prozeß der objektiven und subjektiven Veränderungen bearbeiten läßt, ein Wissen, das auf dem Weg von der neuen Frauenbewegung in die grüne Partei verloren gegangen zu sein scheint.**

Zunächst ein Blick zurück: was hat sich verändert?

- Frauen haben deutliche Zugewinne gemacht.
- Eine aktive öffentliche Frauenbewegung existiert nicht mehr.
- Dafür bewegt sich immer noch Einiges in den Nischen des Alltags.
- Auch Männer bewegen sich, wenn auch in sehr viel geringerem Umfang als die Frauen.
- Die politische Großwetterlage engt die Spielräume für eine staatlich gestützte Umverteilung zugunsten von Frauen ein.

Die originären strategischen Antworten der Grünen bestehen, soweit ich das sehen kann, vor allem in zwei Konzepten:

- Frauenpolitik auf Geschlechterpolitik hin zu erweitern (Geschlechterdemokratie)
- top down-Frauenpolitik (gender-mainstreaming)

Die Erweiterung der Frauenpolitik zur Geschlechterpolitik folgt der inzwischen allgemein akzeptierten Argumentation, daß Geschlecht ein soziales Verhältnis bezeichnet. Veränderungen dementsprechend beide Seiten erfassen müssen. Allerdings ist es ein inzwischen nicht mehr auszurottendes Mißverständnis der autonomen Frauenbewegung, sie hätte Männer aus dem Veränderungsprozeß ausgeschlossen. Worauf die neue Frauenbewegung als Organisation von Geschlechterpolitik reagiert hat, ist die Tatsache, daß Männer und Frauen sehr ungleiche Interessen an einer solchen Veränderung haben, und dieses Problem ist mit der Umdeklaration in Geschlechterpolitik auch überhaupt nicht gelöst. Frauen haben sich auch außerhalb der Frauenbewegung deutlich erkennbar bewegt, aber wo ist der Männeraufbruch?

Die Grenzen für Frauen- und Geschlechterpolitik liegen also im Desinteresse und in der Ignoranz der Männer, die vor allem die Mühen der Selbstveränderung scheuen und immer wieder neue Verteidigungslinien für ihre Vorherrschaft ziehen.

Sie liegen aber auch in der erweiterten Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Fraueninteressen, die sich heute weniger denn je unter dem emphatischen Dach “...wir Frauen” subsumieren lassen. Es bedarf statt dessen einer politischen Anstrengung, diese Interessen durch organisierte Diskussions-, Reflexions- und Auseinandersetzungsprozesse zusammenzuführen, etwa zur Reorganisation von Arbeit und ‚Familie‘ oder zum Umbau des Sozialstaats.

Und das geht heute nicht mehr durch Anleihen bei der Frauenbewegung, und auch nicht durch eine top-down-Politik. Die unterstellt, das Programm ist klar, wir müssen es nur noch umsetzen, bzw. seine Anwendung kontrollieren.

Aber das Programm ist eben nicht mehr klar. Es sind wieder (und vielleicht auch kontinuierlich) Selbstverständigungsdebatten über die Erfahrungen und Perspektiven feministischer Politik fällig, und nicht zuletzt auch Debatten über die neoliberale Grundorientierung der Grünen, die Frauen- und Genderpolitik vor völlig neue Voraussetzungen stellt. Mit ein bißchen Gleichstellung hier und da ist es jedenfalls nicht getan.